

Ein neuer Bildungsnotstand nach „PISA“: Sind die Deutschen zu blöd?

Ein paar Sommerwochen lang beherrschen zwei Themen die Öffentlichkeit: Das deutsche Abschneiden bei der Fußball-Weltmeisterschaft einerseits, bei der Pisa-Studie andererseits. Was das idiotische Fan-tum betrifft, so kann es dem offiziellen Deutschland gar nicht radikal genug ausfallen. Die Medien unterlassen jeden Versuch, den fanatischen Nationalstolz zu bremsen oder erzieherisch zu veredeln, den sie in anderem Zusammenhang schon mal dumpf, primitiv, gar gefährlich finden. Beim Fußball darf und soll er hemmungslos ausgelebt werden. Die distanzlose Parteinahme für deutsche Siege samt dem dazugehörigen präpotenten Gehabe und dem Urschrei „Deutschland, Deutschland“ wird als ein wunderbares Lebensgefühl gefeiert. Demonstrative Dummheit steht hoch im Kurs. Zeter und Mordio aber wird geschrien, wenn ein internationaler Leistungsvergleich der Schulen eine überdurchschnittliche Dummheit der deutschen Jugend enthüllt. Ein Widerspruch? Natürlich nicht. Die eine Dummheit, der Patriotismus, tut Deutschland gut. Die andere, Defizite der geschätzten Patrioten im Rechnen, Schreiben, Lesen steht im Ruf, Deutschland zu schaden.

Die Bildung – eine Ressource der Nation

Der Tatbestand, den „Pisa“ offen legt, ist an sich keine Neuigkeit. Lehrer und Arbeitgeber wissen längst, dass ein beachtlicher Teil der Jugend die Schule nach 8-10 Jahren Unterricht *sehr dumm* verlässt – ein rundes Viertel kann kaum lesen, schreiben und rechnen und das nächste Viertel kommt über ganz einfache Aufgaben auf diesen Feldern nicht hinaus. Das war lange Jahre kein Skandal. Niemand störte sich groß an der Verwahrlosung dieser „sekundären“, also durch die Schule erzeugten, Analphabeten, denen jeder intellektuelle Zugang zur Welt verschlossen bleibt. Neu ist die Bewertung des Faktums, die sich auf die Pisa-Studie hin einstellt: Mindestens 25% der Schulabgänger sind *zu dumm*. Wofür? Für die Funktionen und Dienste, die man von ihnen will, – es sind diese Funktionen, nicht die Jugendlichen, die nach allgemeiner Auffassung durch zu viel Dummheit Schaden nehmen. Der internationale Vergleichstest ergibt einen deutschen Tabellenplatz im Leseverstehen, der peinlich ist für ein Land, das sich in jeder Hinsicht zur Spitzenklasse zählt; es belegt den Platz 22 noch hinter Polen und Russland. Öffentliches Erschrecken brandet auf, weil man davon den deutschen Tabellenplatz in einer ganz anderen Disziplin gefährdet sieht. „Wir“ müssen schleunigst, nämlich in höchstens 5 Jahren, auf wenigstens den Platz 5 aufrücken; sonst wird, Arbeitgeberpräsident Hundt zufolge, eine „führende Industrienation im Mittelmaß versinken“; Möllemann bangt um „Reputation und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts“. Man kann dasselbe auch menschenfreundlicher ausdrücken und sich Sorgen um die Erwachsenen von morgen machen, von denen viele schon am Ende ihrer schulischen Laufbahn von allen Lebenschancen abgeschnitten sind und in der modernen Welt keinen Platz finden. Dass sie für sich selbst und ein gescheitertes Leben zu dumm sind, wird als Problem insofern anerkannt, als es für dieselbe Sorge um ihre kapitalistische Funktionalität steht, die Unternehmervertreter von ihrer Seite her artikulieren: Für die Arbeitswelt in einem modernen High-Tech-Land muss die Jugend schon taugen, sonst taugt sie auch für sich selbst nichts. In der einen wie in der anderen Fassung geht es um die Nützlichkeit des Nachwuchses für den deutschen Kapitalstandort.

Aber nicht die Bildung eines jeden!

Sogar dieser brutale Funktionalismus tut dem dummen Nachwuchs noch zu viel der Ehre an. Die Sorge um Bildung und Standort tut so, als stehe und falle die Nation mit dem Bildungsstand noch des letzten ihrer Bürger. Die Sprüche vom rohstoffarmen Land haben Konjunktur, das von Findigkeit und Kreativität seiner Bewohner lebt. Und wenn schon nicht von je-

dem Mitglied der „Wissensgesellschaft“ so richtig Wissen verlangt ist, müssten doch wenigstens die elementaren Kulturtechniken von allen beherrscht werden, wenn Wohlstand und Zukunft nicht verspielt werden sollen. Daher seien die Enthüllungen der Pisa-Studie ein wahres Menetekel.

Sieht man sich die tatsächliche Rolle an, die die untere Hälfte der Schulabgänger im Wirtschaftsleben spielt und den Maßstab der Funktionalität, dem sie tatsächlich unterworfen wird, ergibt sich ein anderes Bild. Bei den Leuten, deren gravierende Defizite im Grundwissen „Pisa“ aufdeckt, kommt es auf das auch nur sehr relativ an. Zwar schränkt es die Verwendungsfähigkeit einer Arbeitskraft ein, wenn sie nicht lesen kann; daran mag sich entscheiden, wo sie eingesetzt wird, ihren Gebrauch – sofern überhaupt Bedarf da ist – verhindert es nicht. Beständig verjüngen Betriebe ihre Belegschaften, werfen ältere Beschäftigte, denen sie Wissen und Erfahrung zugute halten, raus und ersetzen sie durch Junge. Deren Vorzüge – jugendliche Konstitution, weniger Krankheitstage, leichtere Kündigung, niedrigere Löhne – wiegen das Berufswissen der Alten offenbar ohne Weiteres auf. Schreiben, Lesen und sonstiges Wissen sind eben *nur ein Faktor der Leistungsfähigkeit normaler Arbeitnehmer*. Von ihrem mehr oder weniger gebildeten Verstand, von der praktischen Betätigung möglichst weit reichender Kenntnisse und Fertigkeiten, lebt das Land jedenfalls nicht. Es geht da um eine Leistung anderer Art, die nicht mit der kompetenten Abwicklung einer zweckmäßigen Tätigkeit erbracht ist, sondern erst dann, wenn das Produkt dem Unternehmer Profit abwirft; also mehr Geld einspielt als das, welches der Arbeiter als Lohn nach Hause trägt. Die dafür nötige „Qualifikation“ geht nicht auf in intellektuellen Techniken und Berufswissen, sie wächst auch nicht einfach durch mehr davon, sondern besteht in dem möglichst ausgiebigen Einsatz von Muskel, Nerv und Hirn nach dem Kommando und zum Nutzen des Arbeitsanwenders – und diese Anwendung der Arbeitskraft durchs Kapital kommt bei einem nicht geringen Teil der Arbeiterschaft sogar ganz ohne alle normalen Verständigungsmöglichkeiten aus. Millionen ausländischer Arbeitskräfte, die der deutschen Sprache gar nicht mächtig sind, spielen ihre Rolle als Ausbeutungsobjekte einwandfrei.

Den Klagen über eine *unzureichende Brauchbarkeit* des Arbeiternachwuchses widerspricht denn auch der *tatsächliche Gebrauch*, der von der aktuellen Arbeitergeneration gemacht wird. Die Hartz-Kommission der Bundesregierung, die sich mit den Millionen vom Kapital ausgemusterten und nicht gebrauchten Arbeitskräften beschäftigt, jedenfalls klagt nicht über einen Mangel an Elementar- oder Fortbildung bei den Arbeitslosen; sie macht im Gegenteil das *überreichliche* Berufswissen und die – nicht nachgefragten und deshalb – *überflüssigen* Qualifikationen, über die diese verfügen und auf die sie Erwartungen an zukünftige Arbeitsstellen und Bezahlung gründen, für die Schwierigkeiten bei ihrer Wiedereingliederung verantwortlich. Schnelle *Dequalifizierung*, die Zumutung von schlechterer und schlechter bezahlter Arbeit fördern die kapitalistische Brauchbarkeit der „Überqualifizierten“. Gewiss, auch die „Unterqualifizierten“ machen den Arbeitsmarktpolitikern Probleme. Dabei wird deren mangelnde Tauglichkeit aber nie anders ermittelt als durch die hartnäckige Nicht-Nachfrage der Unternehmer nach ungelehrten Arbeitslosen. Ob und in welchem Maß diese für irgendwelche Anforderungen wirklich untauglich sind, weiß niemand, denn sie sind einfach diejenigen, die übrig bleiben, wenn Unternehmer sich aus einem Überangebot von Arbeitskräften frei bedienen und schon für einfachste Tätigkeiten Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung bekommen können, denen sie dann Hilfsarbeiterlöhne zahlen. Die Abhilfe, auf die Arbeitsmarktpolitiker bei den Niedrigqualifizierten sinnen, besteht denn auch gar nicht darin, ihren Wissensstand zu

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Die „Pisa-Studie“ und ihre Folgen: Wie viel Wissen braucht Deutschland?

Wie ist das nun mit der „Wissensgesellschaft“? Mindestens ein Jahrzehnt lang hat der Staat an seinen Bildungseinrichtungen gespart, an den Volksschulen besonders. Er konnte die öffentlichen Kassen schonen, denn er hatte herausgefunden, dass es so viel Bildung, wie er organisiert hatte, für den Zweck gar nicht braucht, für den es Bildung im Kapitalismus nun einmal gibt: Für den Bedarf der Wirtschaft. Arbeitslose aller Qualifikationsniveaus galten als Beweis dafür, dass die Ausbildungsstätten zu viel Qualifizierte produzieren, zu viele Qualis, Abiture, Examina vergeben, zu viele Leute – also unwürdige – zu weit kommen lassen. Schulen sollten größere Klassen hinnehmen und stärker aussieben, Universitäten sollten außerdem sehen, ob sie von ihren Zöglingen nicht gleich Geld nehmen könnten, um die „Fehlsteuerung von Ressourcen“ zu vermeiden. Dass dadurch größere Teile der Jugend weniger lernen und wissen, ist der Sinn der Sache. Millionen oft „überqualifizierter“ Arbeitsloser beweisen ja, dass der deutsche Kapitalismus ihr Berufswissen nicht braucht, also durch mehr Dummheit von mehr Leuten auch nicht leidet.

Dann aber kommt eine internationale Vergleichsstudie der Lese- und Rechenleistungen heraus, die deutschen Schülern einen sehr schlechten Tabellenplatz zuweist – und schon hat Deutschland eine neue Bildungskrise, braucht eine Reform der Hauptschule und macht dafür sogar Geld locker. Auf einmal – das Übermaß nicht genutzter Qualifizierter ist nicht kleiner geworden – kursiert die Auffassung, Deutschlands Wirtschaft vertrage so viel Dummheit nicht, wie die Studie aufgedeckt hat. Wie wird da gerechnet? Wie wird herausgefunden, wie viel Analphabeten zu einem High-Tech-Land passen? Wie viel Bildungsaufwand für die normalen Arbeitskräfte lohnt sich für Deutschland, und wo fängt der überflüssige Luxus an?

Übrigens, dass verrohte Analphabeten selbst nichts vom Leben haben, ist kein Argument, das in der bildungspolitischen Debatte zählt.

Donnerstag, 14. November 2002, 20.00 Uhr
Ex-Komm, K4 im Künstlerhaus, Weißer Saal
Nürnberg, Königstr. 93

Weiterer Termin: 05.12.02

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

heben und fehlende Befähigung herzustellen, sondern darin, sie den Unternehmern zu einem Niedriglohn anzubieten, der denen eine zusätzliche Beschäftigung attraktiv machen soll.

Wäre Wissen die bestimmende Voraussetzung für erfolgreiches Arbeiten, dann könnte es davon nie zu viel geben. Auf dem freiheitlichen Arbeitsmarkt aber gibt es nicht nur zu wenig, sondern ebenso gut zu viel Bildung. Sie ist schädlich, wenn ein Arbeitsplatz sie nicht braucht und die angebotene Entlohnung sie nicht berücksichtigt. Im Idealfall gelungener ‚Qualifikation‘ lernen und wissen die Leute genau das, was das Kapital gerade von ihnen braucht, und nicht mehr. Bildung kostet schließlich, sollte also knapp gehalten und nur nach Bedarf verabreicht werden. Bei allen Klagen über die Dummheit des Nachwuchses geht es mithin *nur ums rechte Maß von Ausbildung und Unwissen*. Nach „Pisa“ herrscht die Sorge, dass dieses Maß bei einem Teil des Nachwuchses allzu sehr unterschritten wird.

Die Unzufriedenheit mit den Konkurrenzleistungen des Standorts findet einen Sündenbock: Das „Human Capital“ taugt nichts!

Woher diese Gewissheit, woher das Maß? Wie viel Analphabeten passen zu einem High-Tech-Kapitalismus? Wie viel Bildung für die breite Masse bzw. wie viel Aufwand dafür lohnt sich? Einerseits gibt die tatsächliche Nachfrage der Unternehmer nach qualifizierten Arbeitskräften eine sehr negative Auskunft: Schon der bisherige Bildungsaufwand lohnt sich nicht, weiterer erst recht nicht: Dass es längst zu viele Bewerber aller Qualifikationsniveaus gibt, dokumentieren sie dadurch, dass sie sich von den vier Millionen Arbeitslosen nur sehr wenige abholen.¹ Mehr Arbeitskräfte, als sie beschäftigen, kann ihre Profitmacherei weder brauchen noch bezahlen. Sie müssen keine Geschäftsgelegenheit auslassen, auf keine In-

vestition verzichten, weil sie die Leute nicht finden können, die sie für die Erledigung bestimmter Arbeiten brauchen.² Auf der anderen Seite klagen sie zwar darüber, dass viele Schulabgänger, die sie in die Lehre nehmen, „nicht ausbildungsfähig“ seien; aber diese Klagen sind nicht zum Nennwert zu nehmen und in der Öffentlichkeit bisher auch nicht genommen worden – immerhin sind das Klagen, welche die Lehrlingsausbildung begleiten und nicht beenden. Es wäre ja auch absurd: Ausgebildete Erwachsene können Deutschlands Unternehmer massenhaft nicht gebrauchen, klügere Anwärter auf einen künftigen Arbeitsplatz aber schon?! Im Übrigen ist der jeweils aktuelle Bedarf des Kapitals ohnehin kein brauchbares Maß für den Bildungsbedarf der Nation; schließlich soll der die Zukunft des Standorts sichern – und ihre morgige Nachfrage wissen die Unternehmer heute selber noch nicht. Weder aus dem tatsächlichen Gebrauch, noch aus der Nichtbenutzung der Arbeiterbevölkerung, weder aus dem aktuellen noch aus einem vermuteten zukünftigen Arbeitskräftebedarf ist also ein Maß für den nationalen Bildungsbedarf abzuleiten. Und dann soll eine internationale Studie, die sich mit der Frage nach dem rechten Maß an Ausbildung zur Sicherstellung einer kapitalistisch brauchbaren Arbeiterschaft sowieso nicht befasst, sondern mit einem Vergleich der Leistungsfähigkeit nationaler Schulsysteme, auf einmal die Antwort geben. Sie tut es: Nach „Pisa“ bekommen die berufsmäßigen Klagen der Unternehmerverbände plötzlich offiziell Recht und die jahrzehntelange Verwahrlosung Jugendlicher durch Schule und Erziehung gilt jetzt als untragbarer nationaler Missstand. Freilich, in Wahrheit liegt das nicht daran, dass die ‚Erkenntnisse‘ der Studie den Zuständigen jetzt plötzlich die Augen geöffnet hätten. Die Studie – von ihrer Art hat es schon mehrere still abgelegte Vorläufer gegeben – bekommt nati-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Die Vertragstheorie des Thomas Hobbes:

Pack schlägt sich

– Pack verträgt sich

„Nach der Fiktion des Naturzustandes wird er um der Übel willen, die er mit sich führt, verlassen, was nichts anderes heißt als: es wird vorausgesetzt, wohin man gelangen will ...“ (Hegel)

I. Das „Erkenntnisinteresse“

Als wollte er gleich von vorneherein alle Sekundärliteraturschreiber Lügen strafen, die seine Theorie als „Ausdruck seiner Zeit“ verständnisvoll einordnen, hat Thomas Hobbes in aller Deutlichkeit aufgeschrieben, was für Schlussfolgerungen er aus „seiner Zeit“ gezogen last.

„Wenn der Krieg mit den Schwertern und der Krieg mit den Federn kein Ende nimmt ... so (ist) dies ein deutliches Zeichen, dass die bisherigen Schriften der Moralphilosophen zur Erkenntnis der Wahrheit nichts beigetragen haben.“ „Wenn die Verhältnisse der menschlichen Handlungen mit Gewissheit erkannt worden wären ..., so würden Ehrgeiz und Habgier gefahrlos werden, da ihre Macht sich nur auf die falschen Ansichten der Menge über Recht und Unrecht stützt ...“ (de cive, Widmung)

Es herrscht Bürgerkrieg, und Hobbes' Diagnose ist so beschaffen, das überhaupt nur seine Therapie dafür in Frage kommt: Der Krieg beweist ihm die Unzulänglichkeit der Staatstheorie. Deren Wahrheit hat ihr Kriterium im Frieden. Wenn Wahrheit Ehrgeiz, Habgier und falsche Ansichten tilgen soll, die angeblich am Krieg schuld sind – meint er umgekehrt mit ‚Falschheit‘ nichts Theoretisches: Sie besteht darin, den Frieden zu stören. Das tun besagte ‚Ansichten‘ schlicht dadurch, dass sie sich überhaupt ein *privates Urteil* über ‚Recht und Unrecht‘ anmaßen:

„... niemand (hat) über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit, über die Güte oder Schlechtigkeit möglicher Handlungen Untersuchungen anzustellen, als die, denen der Staat die Auslegung seiner Gesetze übertragen hat. Damit würde sicherlich nicht bloß die königliche Straße zum Frieden, sondern zugleich auch die dunkeln und düstern Seitenwege zum Aufruhr klargelegt werden ...“ (ebd.)

Damit ist einerseits klar, dass die Sicherheit, die Hobbes um des Friedens willen stiften möchte, keine theoretische ist. Das Bemühen um den Frieden fällt zusammen mit dem Bemühen, „die bürgerliche Gewalt zu fördern“ (Leviathan, S.3). Andererseits leistet er sich den Widerspruch, eben dieses von ihm vorneweg als notwendig postulierte Resultat seiner Analyse – nur als *absolute* kann die Souveränität des Staats existieren – *theoretisch ableiten* zu wollen.

II. Das „Menschenbild“

Im Gegensatz zur religiösen Legitimation der feudalen Herrschaft als einer von „Gottes Gnaden“ konstruiert Hobbes ein Staatsmodell gemäß der Beschaffenheit von dessen „Elementen“, den Menschen. Ausgerechnet das hat ihm das Etikett „empirische Staatswissenschaft“ eingetragen, sehr zu „Unrecht“. Einfach die ‚Erfahrung‘ des Kampfs zwischen Cromwell und Charles I. um die Staatsgewalt zum Ausgangspunkt genommen, hätten sich ja wohl andere Schlüsse ‚ergeben‘ als ausgerechnet der, der Mensch kämpfe mit sich und bräuchte deshalb dringend einen Staat.

Hobbes konstruiert sich seinen Menschen entsprechend diesem Beweisweck. Erstens soll er als wesentliche Bestimmung an sich haben, ein „bewegter Körper“ zu sein, und als bloßes Naturwesen keinen freien Willen haben – „Begehren oder Abneigung (wird) von den gewünschten und verabscheuten Dingen selbst hervorgebracht“ (de homine, 21). Der Wille wird zum Produkt der äußeren Natur erklärt, so gelegnet und zugleich unterstellt: Gemäß seiner (Bewegungs-)Natur strebt der Mensch nach allem, was ihm nutzt und vermeidet alles, was ihm schadet. Ausgerechnet daraus soll sich ein Gegensatz der Menschen ergeben, der sie dazu nötigt, einen „Krieg aller gegen alle“ zu führen.

Hobbes führt dafür folgende Begründung an. „Sooft daher zwei ein und dasselbe wünschen, dessen sie aber beide zugleich teilhaftig werden können, so wird einer des anderen Feind, und um

das gesetzte Ziel, welches mit der Selbsterhaltung immer verbunden ist, zu erreichen, werden beide danach trachten, sich den anderen entweder unterwürfig zu machen oder ihn zu töten.“ (Leviathan, 154)

Es mag ja sein, dass um die gewünschte Sache Streit entbrennt. Allerdings verweist das auf die *Mittel* der Bedürfnisbefriedigung und nicht auf einen grundsätzlichen Gegensatz der Bedürfnisse. Das Bedürfnis selber ist ja gar nicht so beschaffen, dass es zum Ziel hätte, dem anderen etwas *streitig* zu machen – es hat sein Maß sowohl qualitativ wie quantitativ *in sich* – sonst gäbe es gar keine Bedürfnisbefriedigung. Wenn es wie hier zum Streit kommt, dann liegt es daran, dass dieses umstrittene Gut nicht in genügender Anzahl produziert wurde; die Konsequenz, Mord und Totschlag, ist also auch alles andere als selbstverständlich. Aber gerade auf diesem grundsätzlichen Gegensatz der Leute will Hobbes augenscheinlich beharren und spinnt den Gedanken weiter:

„Bei dieser großen Furcht, welche die Menschen allgemein gegeneinander hegen, können sie sich nicht besser sichern, als dadurch, dass einer dem anderen zuvorkommt und solange fortfährt, durch List und Gewalt sich alle anderen zu unterwerfen, als noch andere da sind, vor denen er sich zu fürchten hat.“ (ebd. 114)

Schon geht es gar nicht mehr um bestimmte Engpässe der Bedürfnisbefriedigung, sondern jeder sieht sich mit dem mordenden Nachbarn konfrontiert und mordet prophylaktisch selber. Ziemlich absurd ist diese Konstruktion schon, vor allem da Hobbes sie aus dem Bedürfnis nach Selbsterhaltung abgeleitet haben will – von der bleibt jedenfalls nicht viel übrig.

Um seiner Idee etwas mehr Plausibilität zu verleihen, verweist er wechselweise auf Kain und Abel, verfeindete amerikanische Familien und seine Zeitgenossen, die Türen und Schränke verschließen, wenn sie sich schlafen legen. Der Verweis auf das *Faktum* der Gewalt belegt nun in keinsten Weise die Schlussfolgerung, die Hobbes damit nahe legen möchte, dieses begründe sich aus der Natur des Menschen. Dass es Gewalt gibt, ist gerade keinerlei Auskunft darüber, woran das liegt.

So lässt Hobbes dann auch den Schein gänzlich fallen, seine Überzeugung, der Mensch sei von Natur aus schlecht, hinge an irgendwelchen Gründen, die er dafür gefunden hätte.

„Wenn der Mensch aber Muße und Vermögen im Überfluss hat, ist er am unleidlichsten“ (ebd. 154), oder

„Die Natur hat den Menschen zu ungesellig gemacht und sogar einen zu des anderen Mörder bestimmt.“ (ebd. 116)

So qua Natur zum Bösen getrieben, treibt es ihn jetzt auch noch zur Vernunft.

„Die Leidenschaften, die die Menschen zum Frieden unter sich geneigt machen können, sind die Furcht überhaupt und insbesondere die Furcht vor einem gewaltsamen Tod; ferner das Verlangen nach den zu einem glücklichen Leben erforderlichen Dingen und endlich die Hoffnung, sich diese durch Anstrengung wirklich zu verschaffen.“ (ebd. 118)

Es stimmt ja, dass nach dem Hobbes'schen Mord und Totschlag niemand mehr am Leben bleibt und Güterproduktion schon gar nicht mehr stattfindet. Bloß wieso sollte das seinen Menschen irritieren, der doch gerade aus Gründen der Selbsterhaltung auf diese Mittel verfallen ist? Der Trick der Argumentation besteht darin, dem Menschen zunächst den Krieg als notwendiges Mittel seines Materialismus anzudichten, um dann aus der Konsequenz – dabei fällt der Materialismus unter den Tisch – das genau entgegengesetzte Bedürfnis nach Frieden hervorzuzaubern. Wenn allerdings der Krieg seinem Materialismus widerspricht, kann er nicht wegen ihm notwendig gewesen sein; umgekehrt, wenn die Leute schon von Natur aus das Bedürfnis zu töten haben sollen, wieso sollte es sie dann stören, dass dabei ihr Materialismus auf der Strecke bleibt.

Den Willen zugleich als mordlüstern und vor der Konsequenz zurückschreckend zu behaupten, geht eben nicht.

III. Der „Herrschaftsvertrag“

Warum sich Hobbes den Menschen so konstruiert, ist allerdings auch kein Rätsel, möchte er doch aus ihm das Interesse an einer Staatsgewalt ableiten, die ihn maßregelt und zugleich in seinem Interesse begründet ist. Dieses Anliegen hat den Widerspruch an sich, dass Staatsgewalt ja gerade besagt, dass sie sich *nicht* vom Interesse und der Einsicht der Bürger abhängig macht, sonst wäre Gewalt überflüssig. Entsprechend widersprüchlich sieht auch das Bedürfnis der Hobbes'schen Menschen nach einer Staatsgewalt aus. Es entsteht das

„Verlangen, sich selbst zu erhalten, ... aus dem elenden Zustand des Krieges aller gegen alle gerettet zu werden.“ (ebd. 151)

„Die Vernunft liefert uns einige zum Frieden führende Grundsätze ...“ (ebd. 118)

Was ihn zum Bösen treibt, treibt ihn dann auch wieder zum Guten! Dieser Widerspruch ist jetzt unbedingt fällig, denn ohne ‚Vernunft‘ mit dem Inhalt ‚ein Staat muss her, um mich zu zähmen‘ einigen sich die Hobbes'schen Menschen ja nie – schon gar nicht darauf, einen Staat ‚per Vertrag‘ gründen zu wollen. Denn an seine höchst vernünftigen Grundsätze soll er *selbst nicht* in der Lage sein, sich zu halten; deswegen schafft er sich eine staatliche Instanz, die ihn dann per Gewalt genau dazu zwingt, woran ihn sein böses Ich immer hindert.

IV. Der „Leviathan“

Damit ist aber noch lange nicht Friede, Freude, Eierkuchen ausgebrochen: Wenn sie alle ‚vernünftig‘ wären, ergäbe sich ja wieder die Notwendigkeit der absoluten Gewalt nicht!

Was ist Philosophie?

Die Weisheit, die der Philosoph so liebt, besteht eigentümlicherweise in einer Vorschrift an das Denken: „Man muss alles *hinterfragen*.“ Er bekennt sich mit dieser Vorschrift zu der Grundeinsicht, dass die Wirklichkeit nur der unbedeutende Vordergrund ist, hinter dem sich das Wesentliche verbirgt, und damit zu einem Verfahren der Erklärung, das die Abstraktion von der Wirklichkeit zur Voraussetzung dafür macht, deren Gründe - die „eigentlichen“, versteht sich - zur Sprache zu bringen. Kein Wunder, dass der Philosoph über alles Bescheid weiß: Mit seiner Abstraktionskunst hat er sich freie Hand geschaffen für die idealistische Deutung der Wirklichkeit. Das hat der Philosophie den Ruf einer besonders gründlichen, bis ins Weltfremde gehenden Wissenschaft eingebracht. Man kann das auch so sagen: Dummheit passt zu diesem Geschäft; Wissen hingegen kann nur stören.

Trifft ein Philosoph auf jemanden, der etwas weiß, so belehrt er ihn, dass dies gar nicht möglich ist. Stolz hält er ihm entgegen: „Ich weiß, dass ich nichts weiß.“ Dass er es noch nicht einmal beherrscht, die Konstatierung seines trostlosen Geisteszustandes in eine widerspruchsfreie Form zu bringen, liegt daran, dass mit dieser Feststellung sein Gegenpart gemeint ist: Der hat die gehörige *Skepsis* gegen seine Urteilskraft vermissen lassen. Seinem eigenen Verstand, den er dazu anstrengt, die Unmöglichkeit, etwas wissen zu können, zu beweisen, vertraut der Philosoph durchaus. So wird vom Philosophen, ohne dass er sich der Anstrengung zu unterwerfen hätte, die Fehlerhaftigkeit eines einzigen Gedankens zu kritisieren, und damit grundlos, der Anspruch auf Wissen ganz prinzipiell bestritten. Sich nach seinem Verstand zu richten, gehört sich nämlich in den Augen des Philosophen nicht; Glauben hält er für die angemessenste Stellung zur Welt – und dafür ist dann auch wieder vom Verstand Gebrauch zu machen.

Den Verstand schickt der Philosoph nämlich auf *Sinnsuche*. Dass es um das „Gute, Wahre und Schöne“ geht, darüber besteht für ihn eh kein Zweifel; und wo diese Klarheit besteht, da wird die Sinnsuche in der Welt auch fündig. Nichts, was sich nicht mit einem guten Grund versehen ließe; ein Verfahren, das das Missverständnis, dem Philosophen ginge es um Gründe von diesem und jenem, gar nicht mehr aufkommen lässt: Es geht ihre um Gründe, die das Einverständnis mit der Welt vernünftig erscheinen lassen. In der Kategorie des Sinns spricht er seine affirmative Stellung zur Welt als Eigenschaft der Welt aus, und wo er zu dem Urteil gelangt, dass in der Welt alles „sinnlos“ ist, formuliert er den untertänigen Wunsch, mit

Hobbes konzediert also „ein bisschen Frieden“ und ‚Vernunft‘, die gerade zum Vertragsschluss hinreicht, um sie dann sofort wieder zu dementieren. Die Vertragsschließer bleiben Wölfe, die sie sind:

„Was Wunder also, wenn bei diesen (Menschen) für die beständige Dauer der Eintracht außer den Verträgen noch etwas mehr erforderlich ist, nämlich eine allgemeine Macht, die jeder einzelne fürchtet.“ (ebd. 154) „Verträge sind nur Worte und haben keinerlei Kraft, die Menschen zu verpflichten, ... es sei denn, sie stützen sich auf das öffentliche Schwert.“

Freundlicherweise schreibt Hobbes den Zirkel seines Vertragsgedankens auch noch explizit auf: Dieser Vertrag ist nur möglich, wenn die Gewalt, die aus ihm entstehen soll, jeden dazu zwingt, sich an den Vertrag zu halten, also vorher schon existiert. Auf Widersprüche darf's nicht ankommen, wo auf Teufel komm' raus die *Willensaufgabe* der Bürger als ihr *Willensakt* legitimiert werden soll. Ein dem Staat entgegenstehender Wille wird mit dem Abschluss des Herrschaftsvertrags = Unterwerfungsvertrags von Hobbes zur logischen Unmöglichkeit erklärt: Er *ist* ihr politischer Wille

„... und was dieser (der Bürger) gegen die höchste Gewalt unternimmt, unternimmt er gegen sich selbst.“ (Leviathan, 197)

Es ist fast wie im modernen Rechtsstaat: Die Betätigung des Willens ist erlaubt, soweit es den Staat nicht tangiert. Auf die *freiwillige* Unterwerfung mochte Hobbes nicht vertrauen. Das sieht ihm die demokratische Rechtsphilosophenzunft gerne nach, bestreitet sie doch mit den Einsichten aus II. und III. mehr oder weniger ihre wichtigste Abteilung: Legitimation von Herrschaft.

der Welt einverstanden sein zu können. Wenn ihm dieses Anliegen versagt wird, wird er kritisch.

Lauter Verstöße gegen jenen idealen Gesichtspunkt, den er der Welt zugrunde gelegt hat, befürchtet er, und so gelten seine Überlegungen der Sorge, ob sich die Menschen auch angemessen nach ihm richten. Kein Urteil kommt mehr über seine Lippen, in dem nicht die Modalverben - können, dürfen, sollen, müssen - eine entscheidende Rolle spielen, weil er im Namen der hohen Ideen in den Kategorien von *Pflicht & Erlaubnis* denkt. Er kann die Leute einfach nicht mehr in Ruhe lassen. Noch die gewöhnlichste Verrichtung ist ihm Anlass für ein moralisches Urteil. Dürfen die das? fragt er sich; und da sich im Namen der hohen Ideale so ziemlich alles rechtfertigen und verurteilen lässt, verdankt sich seine konkrete Antwort auf diese Frage auch nicht der Logik dieses Arguments, sondern den Konjunkturen des Zeitgeistes: Kriegsdienstverweigern ist heute jedenfalls vor dem Maßstab des Guten kaum noch zu verantworten, dafür lässt sich mittels Bergpredigt und Spinoza lässig „unsere“ Wehrhaftigkeit für demokratische Freiheiten begründen.

Aber der Mensch hält sich einfach nicht an die Vorschriften, die der Philosoph ihm anempfiehlt. So gehört neben dem Lob der Knechtsnatur des Menschen ein gerüttelt Maß an *Menschenverachtung* zum Handwerkszeug des Philosophen: Der Mensch braucht einfach eine Herrschaft über sich, die ihn zum Anstand zwingt. Das ist vernünftig; wenigstens für „uns“ Menschen, von denen sich der Philosoph ausnimmt, wenn er seinen Geist mit der Macht identifiziert.

Lesetipp:

Wer sich ausführlich mit den Theoriegebäuden der Philosophie auseinandersetzen möchte, dem seien die Hefte 2 und 3 der SG und die Broschüre „Kritik der ‚Kritischen Theorie‘“ des Gegenstandpunkt Verlags empfohlen.

Die SG Hefte sind kostenlos bei der SG erhältlich, die Broschüre kann für EUR 5,- bei der SG oder direkt bestellt werden bei: Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH, Türkenstraße 57, 80799 München, Tel.: 0 89/2 72 16 04, Fax: -16 05, E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

EIN NEUER BILDUNGSNOTSTAND NACH „PISA“: SIND DIE DEUTSCHEN ZU BLÖD?

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

onales Gewicht und breite Popularität, weil sich die Elite der Nation von ihr eine Frage beantworten lässt, die sie angesichts von Wirtschaftskrise, stagnierenden Arbeitslosenzahlen und der roten Wachstums-Laterne in Europa umtreibt: Was läuft verkehrt in diesem Deutschland? Bei „uns“ hätte das Wachstum zu klappen, auch wenn es sonst überall auf dem Globus kriselt. Und, so die vom nationalen Erfolgsanspruch diktierte Antwort, das würde es gewiss auch, wenn nicht irgendeine Standortbedingung der Nation den Dienst schuldig bliebe. Dank „Pisa“ weiß man, welche: Deutsche Schüler lesen und rechnen schlechter als Finnen, Schweden und sogar Amerikaner – da kann aus Deutschland ja nichts werden. Für diese Einsicht muss man das oben angesprochene Verhältnis nur umdrehen und von der Nachfrage nach Arbeitskräften, welche die Unternehmer nach ihren Konjunktoren ausüben, auf die Qualität des Produktionsfaktors schließen, der da – viel zu wenig – nachgefragt wird. Man schließt vom *national-kapitalistischen (Miss-)Erfolg auf die (Un-)Brauchbarkeit des dafür eingespannten Menschenmaterials* zurück und lastet der Dummheit der Massen die Wachstumsschwäche des Standorts an.

Bildungskrise ist, wenn die Schule für einen Misserfolg des Wirtschaftsstandorts verantwortlich gemacht wird.

Diese verkehrte „Erklärung“ der deutschen Misere wird jetzt zur Richtschnur der Kritik an der Institution, die für die Herstellung eines nützlichen Arbeitsvolkes zuständig ist. Die Schule erledigt *ihr Geschäft schlecht*, wenn sie *der Wirtschaft nicht die richtigen Leute liefert*. Sie versäumt es, die Jugend an die *Anforderungen des Kapitals anzupassen*, bereitet sie also schlecht auf *das Leben* vor – was ja wohl dasselbe ist. Diese Kritik enthält einerseits ein Eingeständnis hinsichtlich der Rolle des Wissens in unserer modernen „Wissensgesellschaft“. Die gnadenlose Gleichsetzung der kapitalistischen Brauchbarkeit der Arbeitskraft mit Bildung rückt ja das eingangs zitierte Selbstbewusstsein der „Wissensgesellschaft“ einigermaßen zurecht: Während man es immer wieder gerne so sieht, dass das Wissen die Leistungsfähigkeit der Bürger definiert, gehen diese Klagen davon aus und halten es für selbstverständlich, dass der vermutete Bedarf des Kapitals definiert, was als Wissen gilt und deshalb Bildungsauftrag der Schule zu sein hat. Zweitens pflegt die Kritik von dieser Selbstverständlichkeit ausgehend allerdings einen ziemlich anmaßenden Idealismus: Sie misst die Leistungen der Schule an den Wachstumserfolgen der Wirtschaft, die diese Erfolge gar nicht herbeiführen kann; und sie sieht dabei geflissentlich darüber hinweg, dass die Funktionalität des von der privaten Benutzung der Arbeitskräfte getrennten öffentlichen Ausbildungswesens für den nationalen Kapitalismus anderer Natur ist. Seine Produktion von Absolventen ist nicht besser oder schlechter, sondern – qualitativ wie quantitativ – gar nicht auf den aktuellen Bedarf des Kapitals bezogen und bedient ihn gerade dadurch.

Schließlich unterrichten die verschiedenen Schulen Kinder und Jugendliche getrennt von den Anforderungen des späteren Arbeits-Einsatzes, der ja noch gar nicht fest steht, in einem *eigenen Kanon der Elementar- und Allgemeinbildung*. Der ergibt sich aus den grundsätzlichen Kulturtechniken, dem staatsbürgerlichen Moralkodex und Fertigkeiten wie Schreibmaschineschreiben und Computerbedienung, die in mehr oder weniger allen Berufen dazu gehören. Die Schule tut ihren nationalen Dienst, indem sie die Vermittlung auch des bescheidensten Grundwissens nicht übertreibt und nicht etwa darauf besteht, dass kein Zögling die Schulbank verlässt, ehe er nicht wenigstens dieses einwandfrei beherrscht. Sie konfrontiert die Schüler mit ihrem Angebot und sieht zu, wie gut die einzelnen damit fertig werden. Sie bereitet ihre Zöglinge aufs „Leben“ vor, indem sie der „echten“ Konkurrenz des Erwerbslebens eine schulische Konkurrenz um Noten vorschaltet. Und sie bedient dadurch private und staatliche Arbeitgeber mit vorsortierten Jahrgängen junger Menschen, die in Noten und Abschlüssen dokumentieren, wie gut sie sich an den Anforderungen der schulischen Konkurrenz bewähren

konnten. Das Ausbildungswesen berücksichtigt dabei den fiskalischen Standpunkt, dass Bildung kostet, Steuerzahler, Wirtschaft und Staatshaushalt belastet, und daher sparsam zu verabreichen ist. Es vermittelt Wissen nach Maß eines funktionalen Minimums und bildet in seinen hierarchischen Stufen grob die Pyramide der Einkommens- und Verantwortungspositionen der Klassengesellschaft nach, der es dient: wenige oben, viele unten. Die Differenzierung ihrer Schüler erzeugt die Institution dadurch, dass sie schlechte Schüler nicht extra fördert, um deren Lücken auszugleichen, sondern sie am durchschnittlichem Tempo und Erfolg des Wissenserwerbs in der Klasse misst, sie daran scheitern lässt und wegen erwiesener Unfähigkeit von weiterer Unterrichtung ausschließt. Mehr Zeit zum Lernen und Studieren gewährt das System denen, die sich dabei von vornherein leichter tun und geschickter anstellen. Der beschränkte Wissensstand der Mehrheit der Schüler ist kein Versagen der Schule, sondern ihr systemkonformes und legitimes Resultat ebenso wie die Herausbildung einer als ‚gebildet‘ anerkannten Schüler-Elite auf der anderen Seite. Beides ist die passende Zubereitung der Jugend für ihre späteren Rollen. Selektion und gestaffelte Ausbildungszeiten versorgen die Wirtschaft national kostengünstig mit Leuten, die zu dem taugen, wofür man sie haben will – und das sogar mehr oder weniger in den richtigen quantitativen Proportionen.

Wenn dann die tatsächliche Benutzung, die das Kapital von den Produkten des Schulsystems macht, dazu führt, dass die Proportionen der Nachfrage durch die davon getrennte, staatliche Ausbildung nicht voll getroffen sind, hagelt es die ungerechte und zugleich einzig gültige Kritik, die es am kapitalistischen Ausbildungssektor gibt: Er hat zu viele Leute zu weit kommen lassen oder zu wenige; er hat ihnen das Falsche beigebracht oder überhaupt zu viel oder zu wenig; er hat insgesamt zu viel gekostet oder zu wenig Qualität geliefert. Die Pisa-Studie hat ermittelt, dass das Schulwesen hierzulande die Scheidung zwischen den höher Gebildeten und den halben und ganzen Analphabeten radikaler durchführt als anderswo; das kann von seiner Effizienz zeugen oder vom Gegenteil. Erst die Interpretation der Studie aus dem Geist der Unzufriedenheit mit den Leistungen des Standorts ergibt das eindeutige Urteil: Diese Scheidung fällt zu radikal aus, also Schulversagen auf der ganzen Linie.

Blödsinn und politischer Streitwert einer Bildungsdebatte

Soviel steht damit fest: Die Schule hat sich zu ändern. Bildungspolitiker fordern die Wiederherstellung eines Entsprechungsverhältnisses, das es nie gegeben hat; zwischen einem Bedarf des Kapitals nämlich, der überhaupt nicht feststeht, und einer Nachwuchsproduktion, die sich ohnehin nicht daran orientiert und nicht daran orientieren kann. Das – angeblich verletzte – Entsprechungsverhältnis übersetzen sie in ein immanentes Versagen der Schule und leiten aus dieser Diagnose pädagogische Konzepte, Lehrmethoden und Schulformen zu ihrer Besserung ab. Zuerst wirft man die Frage nach den Bildungszielen auf: Was will die Gesellschaft vom Nachwuchs? Es wäre richtiggehend einfach, wenn es nun hieße: Alle Jugendlichen sollen geschickt Schreiben, Lesen und Rechnen lernen; da wüssten die Lehrer wenigstens, was sie zu tun hätten. Aber die Defizite, die „Pisa“ aufdeckt, stehen ja längst für mehr: Der Nachwuchs taugt nicht für den Konkurrenzserfolg der deutschen Industrie. Die elementaren Kulturtechniken werden umgedeutet in allgemeine Schlüssel zum Erfolg und als solche propagiert; zunächst als Schlüssel des schulischen Erfolgs: Schreiben und Lesen werden zur „Schlüsselqualifikation“ für alle anderen Fächer aufgewertet, „Kompetenz-Kompetenz“ oder „Lernen-Können“ genannt. Dann, der Mensch lernt schließlich für das Leben, bekennen sich die Nationalpädagogen dazu, dass sie weniger auf Schreiben und Lesen, sondern überhaupt mehr auf diese Universalkompetenz als solche abzielen: Sie drücken, was die Arbeitswelt den ihr Ausgelieferten zumutet – unbestimmte, schnell wechselnde Anforderungen – als Fähigkeit aus, mit ihnen zurechtzukommen; und von dieser schönen Fähigkeit möchten sie bei der Jugend mehr sehen. Die Schule soll „Problemlösungs-

kompetenz“ vermitteln, d.h. sie zur flexiblen Anpassung an alle ihnen aufgemachten Anforderungen befähigen. Von da her sprechen sich einige Bildungspolitiker dann sogar im Namen dieser methodisch konstruierten „Fähigkeit“ gegen die Vermittlung von Wissen aus, dessen generelle Defizite die Pisa-Studie, Kronzeuge aller Klagen, zum Gegenstand hatte. *„Der Erwerb von Lösungskompetenz und Lebenstüchtigkeit ist im Zweifelsfall wichtiger als die Anhäufung von Quiz-Wissen“* (Der Spiegel 20/02, S. 118). Nur für Ratespiele nützlich findet Frau Schavan, Kompetenzfrau im Stoiber-Team und Schulministerin in Baden-Württemberg, Wissen für die Masse der Hauptschüler, ein Luxus, von dem sich die Schule längst zu viel leistet. Ihr zufolge *„kommen wir mit reinem Faktenwissen nicht weiter, wir brauchen die Bildung von Persönlichkeiten“* mit jenen Werten und Tugenden, die den braven Dienstmann auszeichnen. Endgültig wird die Leseschwäche zum Resultat und Sinnbild einer moralischen Schwäche, der die Schule konsequenter vorzubeugen hätte: Leistungswille, Leistungsorientierung und Disziplin fehlen der heutigen Jugend: *„Dass die ‚Kultur der Leistung‘ weniger entwickelt ist als anderswo auf der Welt, hat offenbar zu den schweren Rückständen deutscher Schüler im Schreiben und Rechnen beigetragen; denn gerade diese Kulturtechniken sind ohne Fleiß und beharrliches Üben nicht zu erlernen.“* (Ebd., S. 104) Der zweite Teil der Reformdebatte befasst sich mit den pädagogischen Wegen, mit denen das schöne Ziel zu erreichen wäre. Die Beiträge sind getragen von einem grenzenlosen Manipulationswillen und -wahn: Man muss, so die Vorstellung, nur die richtigen Motivationen setzen, didaktischen Methoden anwenden und schon zeigt die Jugend die erwünschte Reaktion. Der Pluralismus der Beiträge verrät dann wieder, dass von den beschworenen Mechanismen keine Rede sein kann: Soll die Bildungspolitik die erfolgreichen „Pisa“-Länder zum Vorbild nehmen, in denen ein ordentlicher Drill herrscht, oder lieber interessanten Unterricht verordnen? Sollte die Notengebung schon in den ersten Schuljahren beginnen, damit sich die Schüler an die Leistungsgesellschaft und ihre Niederlagen besser gewöhnen, oder lieber erst später, damit der kindliche Wissensdrang nicht zu früh frustriert wird? Sind Gesamtschulen geeigneter, die Breite eines Jahrgangs zu mehr Leistung zu bringen, oder kann gerade das dreigliedrige System der südlichen Bundesländer jeden auf seinem Niveau besser fördern? Sollten Ganztageschulen die Kinder länger unter Kontrolle ihrer Lehrer halten; oder sollten lieber ins Schulleben eingebundene Eltern das häusliche Lernumfeld verbessern? Sollte die Politik die Schulen und die Leistungen der Schüler strenger an einem bundesweit einheitlichen Maßstab kontrollieren, oder ihnen mehr Raum zur Gestaltung einer attraktiven Schulidentität lassen? Alle diskutierten „Methoden“ lassen erkennen, dass sie den Umgang der Institution mit Desinteresse und Unwillen der Schüler zu optimieren trachten. Dass die Schule mit ihrer Selektion selbst das größte Hindernis für die Wissensvermittlung ist, kommt dabei sogar vor, gilt aber natürlich nicht als Einwand. Diese Leistung der Schule für die Gesellschaft ist unverzichtbar.

Die Debatte um Techniken der Lenkung und Führung, mit denen der Jugend mehr Leistung entlockt werden soll, kommt so auf ihren Kern: die nationale Führungsfrage, die im Wahlkampf ausgefochten wird. Für den bayrischen Herausforderer beweist „Pisa“ ein Führungsveragen der SPD und die Schädlichkeit ihrer Werte. Er sieht eine linke „Schmusepädagogik“ und einen vermeintlich antiautoritären Erziehungsstil durch den internationalen Leistungsvergleich bloßgestellt, die konservativen Werte – ‚Leistungsorientierung‘, ‚Disziplin‘ – und die in Bayern übliche strikte Trennung der ‚Dummen‘ von den ‚Gescheiten‘ schon nach vier Klassen umgekehrt glänzend bestätigt: Bayrische Schüler bringen auf allen Niveaus mehr Leistung. Die SPD-regierten Bundesländer reden den bayrischen Pisa-Vorsprung klein und legen den Finger auf das schlechte Anschneiden aller deutschen Regionen etwa im Verhältnis zu den Skandinavien. Der Kanzler verteidigt nichts, sondern beweist Tatkraft bei der Korrektur der Fehlentwicklungen: Er wirft schnell mal 4 Mrd. Euro für die Einrichtung von Ganztageschulen in den „sozialen Brennpunkten“ einiger Großstädte aus, die von der christlichen Opposition um-

gehend als Angriff auf ihre Kulturhoheit zurückgewiesen werden. Das führt zu Streit über einen noch höheren deutschen Wert: Ist der Föderalismus in Sache Unterricht und Kultus das größte Hindernis einer gescheiterten Bildungspolitik, oder ist er die Voraussetzung eines fruchtbaren Bildungswettbewerbs, wie die CDU ihn haben will?

Das kommt heraus, wenn die politischen Führungsfiguren an Lesen und Schreiben den nationalökonomischen Erfolg thematisieren und sich dabei Versagen vorwerfen. Die Frage, ob die Schüler genug und das Richtige lernen, löst sich voll auf in die grundsätzlichere, wie das Volk anzupacken, zu erziehen und zu führen sei. Das um so mehr, als Deutschland ja gar kein Problem mit seiner Bildungselite, ihrem Ausbildungsstand und ihrer Leistungsfähigkeit hat, sondern den Bodensatz der Bildungs- und Berufshierarchie bezichtigt, dem Vaterland die fällige Leistung schuldig zu bleiben. Die Bewerber um die politischen Führungsposten streiten vor dem Volk darüber, wie es besser auf die ihm gebührenden Dienste an Wirtschaft und Staat zu verpflichten und zu höherer Leistung zu kommandieren sei. Und das Volk darf wählen, welchem Führer es lieber folgen will. Für diese Entscheidung liefern ihm die Konkurrenten mit ihrer Bildungsdebatte Hilfestellung.

Kein Wunder, dass dieses Wahlkampfthema bald vom Hochwasser und den Vorschlägen der Hartz-Kommission zur ‚Bekämpfung der Arbeitslosigkeit‘ verdrängt wird. Das sind schließlich die öffentlich ausgemachten aktuellen Standortprobleme, die schon wieder und nach allgemeiner Auffassung noch viel dringlicher nach entschiedener Führung verlangen.

1 Von einem allgemeinen Überfluss an Qualifizierten geht die bis gestern gültige Kritik am Bildungssystem aus: Es hat zu viele nicht nachgefragte Absolventen produziert; zu viele, also Unwürdige, die Prüfungen bestehen lassen. Verstärktes Ausziehen wurde verlangt und erzwungen dadurch, dass man die Bildungseinrichtungen ein Jahrzehnt lang finanziell ausgetrocknet hat. So wurde bisher für Preiswürdigkeit und Leistung der Sphäre gesorgt.

2 Das hindert die Unternehmerverbände natürlich nicht daran, genau in diesem Sinn Klage zu führen – besonders wenn sie von der Politik eine Liberalisierung der Einwanderung fordern, die ihnen das bequeme Überangebot am Arbeitsmarkt permanent sichern soll. Zum Beweis, dass die vorhandenen Arbeitslosen für ihren Bedarf nicht taugen, berichten sie, ihre Mitgliedsfirmen könnten trotz der vier Millionen Unbeschäftigten eine Million offene Stellen nicht besetzen. Die Milchmädchenrechnung, 4 – 1 müsste 3 ergeben, abstrahiert von allen realen Einstellungsbedingungen: sowohl von der Zeit, die es braucht, bis ein Bewerber gefunden und eingestellt ist – es sind ja nicht dieselben, dauerhaft unbesetzten Stellen, die monatlich zur Million zusammengezählt werden –; wie auch von dem Ort, an dem der Job, und dem Ort, an dem der geeignete Arbeitslose sich befindet, die sich eben nur im nationalen Rechenraum treffen. Vor allem abstrahieren die Herren Unternehmer bei ihrer Klage über fehlende, geeignete Bewerber schließlich davon, was sie selbst zu zahlen bereit sind. Je nach der Forderung, die sie an die Politik richten, variieren ihre Vertreter das Thema virtuos. Solange es ums Einwanderungsgesetz ging, konnte die Zahl der Stellen, die man angeblich nicht besetzen konnte, gar nicht groß genug ausfallen; seitdem die SPD-Regierung die Beschleunigung der Vermittlung von Arbeitslosen zu einem der Reformprojekte erkoren hat, die ihr die Wahl retten sollen, zweifelt BDI-Präsident Rogowski an der Existenz der vorher frech verkündeten Million offener Stellen: Vermittlung bringt's nicht, es braucht Wachstumsimpulse „für mehr Arbeitsplätze“ – und das wären: allgemeine Lohn- und Steuersenkungen zugunsten des Kapitals.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 3-02, S.35 ff.

Im Buchhandel erhältlich:
Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,
Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
Die Bücherkoste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str., 38, 90473 Nürnberg
Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag,
Türkenstr. 57, 80799 München
Tel.: 089/272 16 04, Fax.: 089/272 16 05
Email: gegenstandpunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandpunkt.com

Das Stichwort: Umwelt

Für jede Produktion wird die Natur gebraucht und Naturstoff verbraucht. Das ist eine Sache.

Eine ganz andere Sache ist es, wie das geschieht. In der freien Marktwirtschaft liegt die Verfügung über die Natur und ihre Verarbeitung in den Händen derjenigen, die Eigentümer der Produktionsmittel sind. Der Normalsterbliche hat da wenig zu melden. Er muss vielmehr schauen, welche Luft ihm zum Atmen bleibt. Denn wo die natürlichen Lebensgrundlagen Geschäftsartikel sind, bleiben Schäden nicht aus.

Im Kapitalismus steht alles im Dienst des Geschäfts – also auch jede natürliche Lebensbedingung. So verlangt es das System.

Die Ruinierung von Natur durchs Geschäft geht schon bei der Lohnarbeit los. Jeder, der seinen Lohn in einem modernen Betrieb verdient, kennt das: Die *Gesundheit* bleibt ein wenig auf der Strecke. Das bringt die Einrichtung der Arbeitsplätze so mit sich. Die müssen *kostengünstig* sein. Deswegen *verschleiben* sie Herrn oder Frau „Arbeitsplatzbesitzer/in“. Lärm und Gift gibt es gratis mit dazu; oder auch gegen ein paar Pfennig Entschädigung, die allemal billiger kommt als der technische Aufwand für eine gesunde Atmosphäre. Technischer Aufwand wird getrieben, wo er sich *lohnt*; also z.B., wo er die Leistung steigert. Um *diesen* Effekt zu erreichen, werden den Leuten auch schon mal Belastungen erspart. Aber das ist es dann auch schon. Die „Natur“ von Lohnarbeitern, ihre Gesundheit, ist ansonsten *zum Verbrauchen* da – dafür kriegen sie ja ihren Lohn!

Das Produzieren dient dem Geschäft. Deswegen werden in einer lohnenden Produktion auch keineswegs bloß Gebrauchsgüter hergestellt. Ganz nebenher wird *vergiftet*, was das Zeug hält. Flüsse dienen als kostenloses Kühlwasser für Atom- und andere Kraftwerke; anschließend sind sie ein bisschen radioaktiv. Sie dienen, ebenso wie der kostenlose Luftraum, zum Abtransport aller anfallenden Schadstoffe, deren Vermeidung zu teuer käme. Ein bisschen Landschaft und ein bisschen Grundwasser dürfen dafür herhalten, um die Müllfässer der Industrie aufzunehmen; und wenn das hierzulande, wegen der Giftigkeit der Sachen, zu teuer kommt, wird der Mist für ein paar Dollar bei den Negern abgestellt. Hauptsache, die Produktionskosten bleiben günstig. Wo die kapitalistische Industrie ihren Dreck hinpusstet, sind außerdem die für den EU-Markt wirtschaftenden Bauern mit ihren Giftspritzen auch schon unterwegs. Die müssen ja zusehen, dass ihr Betrieb konkurrenzfähig bleibt – und das tun sie gründlich. Sie donnern Gift und Dünger auf den Boden, Hormone und Arzneimittel in ihr Viehzeug; denn Geld kriegen sie für die *Masse* ihrer Produkte, nicht für Sauberkeit. Böden und Grundwasser sind danach – und die Lebensmittel auch.

Jedenfalls die erschwinglichen. Denn natürlich gibt es auch in der Marktwirtschaft Genuss ohne Reue – aber der kostet. Übrigens nicht nur bei den Lebensmitteln. Auch für die industriell hergestellten Bedarfsartikel des modernen Lebens, von der Pressspanplatte bis zum Kühlschrank gilt die Faustregel: Es war schon immer etwas teurer, Schadstoffe zu vermeiden. Oder umgekehrt: Was man den Massen mit ihrer beschränkten Kaufkraft andrehen will, muss billig und darf deswegen schon mal ein bisschen giftig sein. Die Sache mit den Autoabgasen und dem Katalysator ist dafür bloß ein Beispiel. Und *deswegen* sind Allergien und andere so nette Vergiftungskrankheiten zur Massenerscheinung geworden: Die *menschliche* Natur hält eben doch nicht alles aus.

Es ist daher der blanke Hohn, wenn bei jedem neu entdeckten „Umweltproblem“ mit allen Zeigefingern auf „den Verbraucher“ gedeutet wird: *Der*, ausgerechnet, hätte es in der Hand, durch kluge Produktauswahl die Herstellung schadstofffreier Güter zu erzwingen. Ausgerechnet „der Verbraucher“, diese aller trostloseste Figur unserer freien Marktwirtschaft!

Soweit der von einem Normallohn leben muss, hat er genug damit zu tun, sein Geld zwischen den *erschwinglichen* Bedarfsartikeln aufzuteilen – und sich zu wundern, was immerzu *hinterher* über die Giftigkeit und Gesundheitschädlichkeit dieser Sachen herauskommt! Weil das so läuft, ist es schon längst kein Luxus mehr, sondern zur Lebensnotwendigkeit geworden, verstunkene Luft und giftstoffreiche Umgebung gelegentlich zu verlassen und sich „in freier Natur“ davon zu erholen. Allerdings muss man danach suchen. Und auch für diese Suche gilt: *Es geht* – mit genügend Zeit und Kleingeld für die Freizeit...

Das also ist das ganze „Geheimnis“ des „Umweltproblems“: Was die Natur als Mittel der Ausbeutung im Kapitalismus hergibt, das macht sie untauglich in ihrer Eigenschaft als Lebensmittel für die Leute. Sie wird eben nicht verbraucht, um das Leben angenehm zu machen, sondern fürs Geschäft; *deswegen* wird sie in zunehmendem Maße ruiniert – und es wird immer teurer, trotzdem klarzukommen. An „sterbenden“ Wäldern und toten Robben, vergiftetem Trinkwasser und radioaktiven Lebensmitteln, Stinkluft und Mülllandschaften zeigt sich bloß einmal mehr das altgewohnte Prinzip: In der Marktwirtschaft sind Land und Leute *fürs Eigentum* da, mit dem Geschäfte gemacht werden und *damit* Geschäfte gemacht werden können. Der Landstrich zwischen Nordsee und Alpen ist eine *Heimat fürs Kapital* und deswegen so wenig wohnlich für die Leute, die sowieso bloß dafür diesen Landstrich bevölkern, damit sie dem Geschäftsgang dienen – bloß dafür kriegen sie ja überhaupt einen Lebensunterhalt.

Der Sozialstaat kümmert sich um alles – er organisiert die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen

„Umweltschutz“ als Staatsaufgabe, mit eigenen Ministern, Ämtern usw., das gibt es überhaupt nur deswegen, weil Unmassen Dreck und die seltsamsten Gifte längst jeden Winkel der Republik belasten. Und alle diese Überwachungsbehörden sind Dauereinrichtungen: Sie leben von der Sicherheit, dass es mit dem Vergiften von Land, Luft und Wasser kein absehbares Ende hat, sondern eher immer schlimmer wird. Das ist sehr realistisch. Denn grundsätzlich ist ja der geschäftsmäßige Umgang mit Land und Leuten in unserem System nicht bloß erlaubt, sondern staatlich gewünscht. Deswegen ist und bleibt das Vergiften grundsätzlich das gute Recht des produktiven Eigentums, dem der Staat freie Bahn verschafft. Bisweilen muss natürlich gegen gewisse „Auswüchse“ dieser freiheitlich-marktwirtschaftlichen Rechtslage eingeschritten werden. Aber das will sorgfältig abgewogen sein. Da muss z.B. ein Geschädigter auf *sein* gutes Recht pochen – am besten darauf, dass *sein* produktives Eigentum durch den Dreck des Nachbarn Schaden leidet. Das leuchtet dem Rechtsstaat ein, sofern die Beweislage eindeutig ist – und der Geschädigte kriegt einen Schadenersatzanspruch ...

Ansonsten sind verdorbene Badefreuden, die Volkskrankheit Asthma, die Becquerel-Werte der Babynahrung u.ä. ein sehr beliebtes politisches *Thema*, auch für Grüne und SPD-Generalsekretäre und auch für die Chefs der chemischen Industrie; aber deswegen sind sie noch lange kein ausreichender Grund für „überstürzte“ *Eingriffe*. Stehen die Schäden fest, dann wird die Abwassereinleitung in die Flüsse oder die Verpestung der Luft noch lange nicht einfach verboten. Vielmehr wird mit viel Expertenverstand ausgeknobelt, *wie viel Schaden zumutbar* sein soll. Für jedes erkannt und für schlimm befundene Gift, für Radioaktivität, für krebserregenden Staub usw. werden *Grenzwerte* festgelegt. Die geben an, bis zu welchen Obergrenzen das Vergiften *auf alle Fälle erlaubt* ist und bleibt.

Diese Grenzwerte sind ein interessantes Kapitel. Wo es dem Geschäft nützt, in gewissen Betrieben nämlich, darf die „Konzentration von Schadstoffen“ viel höher sein als draußen, wo das Volk ja bloß ganz unproduktiv vergiftet wird. An der „frischen Luft“ kriegt man aber auch noch genug ab. Was will man denn

Die SG veranstaltet regelmäßig einen Diskussionstermin alle 14 Tage mittwochs, 20.00 Uhr. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

Die „Krise“ des Sozialstaats Die Unkosten der proletarischen Armut werden gesenkt

„Die Lohnnebenkosten sind zu hoch“ und „der Sozialstaat in seiner überkommenen Form ist nicht mehr finanzierbar“, sagen die Verantwortlichen und „reformieren“ den Sozialstaat, dass die Schwarte kracht: Den künftigen Rentnern teilt man unverhohlen mit, dass in Zukunft keiner mehr von der gesetzlichen Rente leben kann, der Altersarmut in einem bisher nicht gekannten Ausmaß also nur entgeht, wer zusätzlich zu den weiterhin zwangsweise eingezogenen Rentenversicherungsbeiträgen privat vom Nettolohn „vorsorgt“. Im Gesundheitswesen bekennt man sich inzwischen laut und deutlich dazu, dass die Qualität der Gesundheitsversorgung eine Frage der Zahlungsfähigkeit ist, die der Mensch privat aufbringen kann, streicht eine Kassenleistung nach der anderen und erhöht für den Rest die Zuzahlungen. Beim Arbeitslosengeld gar bleibt es nicht bei der Klarstellung, dass die Sozialkassen künftig ihren Versicherten ein Zurechtkommen im Versicherungsfall nicht mehr ermöglichen werden, sondern der Sozialstaat bezieht sich des Fehlers, bisher „Arbeitslosigkeit statt Arbeit finanziert“ zu haben, also Arbeitslose befristet mit Zuschüssen über Wasser gehalten zu haben, statt sie um jeden Preis und zu allen unmöglichen Bedingungen wieder ins Arbeitsleben zurückzuschleusen. Und auch all die anderen – nicht kassenmäßig organisierten – Leistungen des Sozialstaats geraten unter dem Titel „Beschäftigungshindernis“ in die Schusslinie: Kündigungsschutz, gesetzliche Beschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse, die Geltung tariflicher Mindestlöhne, Arbeitszeitregelung, Arbeitsschutzbestimmungen usw. usf. – all dies gilt heute als verfehlt, weil nur „sozial ist, was Arbeit schafft“ und alles, was Arbeitnehmer vor den Ansprüchen der Unternehmer schützt, in den Verdacht geraten ist, potentielle Arbeitgeber zu verschrecken.

Wenn man den absurden Zustand akzeptiert, dass Menschen nur leben können, wenn sie einen Geschäftemacher finden, der ihre Dienste für lohnend erachtet und sie dafür arbeiten lässt, wenn einem ferner einleuchtet, dass der gesellschaftliche Reichtum viel zu schade dafür ist, das arbeitende Volk durchzufüttern, dieses also aus den bezahlten Löhnen – kassenmäßig und privat – gefälligst selbst für die „Wechselfälle“ des Arbeiterlebens vorzusorgen hat, und wenn man sich darüber hinaus daran gewöhnt hat, ausgerechnet Arbeit als begehrte Mangelware zu betrachten, für deren Erhalt Arbeitende und Arbeitslose alles drangeben müssen, was eine Beschäftigung für sie lohnend machen würde, dann mag es einem glatt als Dienst an der auf Arbeit verwiesenen Menschheit vorkommen, sie mit Haut und Haaren dem Geschäftsinteresse derer auszuliefern, die hierzulande so respektvoll „die Wirtschaft“ heißen.

Nur, galten nicht bis gestern all die heute außer Kraft gesetzten Maßnahmen des Sozialstaats als „soziale Errungenschaften“, durch die der böse „Manchester-Kapitalismus“ staatlich gezähmt und in eine „soziale Marktwirtschaft“ verwandelt wurde, in der statt Ausbeutung „soziale Gerechtigkeit“ herrscht, und durch die recht- und mittellose Lohnsklaven zu freien, berechtigten Wirtschaftsbürgern gemacht wurden? Was stimmt denn nun? Brauchen „Arbeitnehmer“ den Sozialstaat? Was ist der Sozialstaat denn überhaupt, wenn alles, was ihn angeblich substantiell ausgezeichnet hat, zu „seiner Rettung“ gestrichen werden kann? Und worum geht es den Machern bei ihrer gegenwärtigen „Rettung des Sozialstaats“?

Diskussion
am Mittwoch, 20. November 2002 um 20.00 Uhr
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen
Weitere Termine im Wintersemester 2002/03: 4.12., 18.12.2002, 15.01., 29.01.2003.

auch machen – so „argumentieren“ die staatlichen Umweltschützer –, wenn die Giftgrenzwerte in freier Wildbahn überschritten werden, und ein Überwachungsamt merkt das auch noch? Dann muss man ja erst einmal sorgfältig ermitteln, wo welcher Betrieb womöglich *unerlaubte* Gift- und Dreckmengen abgelassen oder abgelaufen hat. Und falls man den „Umweltsünder“ wider Erwarten erwischt, kriegt der ein Bußgeld aufgebremmt – für das ein moderner Unternehmer längst seinen Posten in der Kalkulation hat. Denn auch das ist klar, und alle Beteiligten gehen felsenfest davon aus: staatlich verordnete Gifthöchstwerte sind dafür da, *überschritten* zu werden – wozu gäbe es sonst den schönen Bußgeldkatalog?

Das Ergebnis ist höchst folgerichtig. Der Wald „stirbt“, die Robben krepieren, manchmal auch Menschenbabies, von Zeit zu Zeit schwimmen tote Fische im Rhein; und stets von neuem geht die Fragerei los: Wer kann das nur gewesen sein?! Nichts Genaueres will man dann wissen können; die erlaubten Gifthöchstmengen kommen ja schon allein deswegen nicht als Ursache in Frage, weil sie staatlich erlaubt sind. Und wenn kein einzelner Schuldiger dingfest gemacht werden kann, dann muss es sich wohl um unvermeidliche Opfer „des Fortschritts“ oder – ausgerechnet! – „des Wohlstands“ handeln. Denn schon längst haben die Politiker und ihre Sachverständigen für alle derartigen Fälle die Lüge in die Umwelt gesetzt, ohne Radioaktivität gäbe es kein Licht mehr, ohne Sondermüll keinen Kunststoff, und die Nordsee wäre an der Bequemlichkeit zugrunde gegangen, mit der „wir alle“ die Klospülung benutzen.

So tritt dann der Umweltminister Trittin an, dessen Behörde jede Menge Vergiftung *erlaubt*; er bejammert die von „uns allen“ geschädigte Natur, ruft auf zum großen Gemeinschaftswerk – und bittet zur Kasse. Denn das ist die billigste „Lösung“, der ein verantwortungsbewusster Minister noch jedes „Umweltproblem“ zuführt: Mit „Wasserpfeffern“, „Ökosteuer“ u.ä. schröpft er die Leute, ohne den Gewinn

zu schmälern und die Freiheit produktiver Vergiftung zu beschneiden.

So und nicht anders geht „Umweltpolitik“!

„Umweltbewusstsein“ – ein einziger Fehler!

Der kapitalistische Giftmüll und die Frechheit, mit der Politiker ihn zum „Gemeinschaftswerk“ aufarbeiten: Das sind gleich zwei gute Gründe, den Glauben ans marktwirtschaftlich-demokratische System zu verlieren. Tatsächlich ist aber etwas ganz anderes zum modernen Lieblingsgedanken in dieser Frage geworden. Die Lüge vom „wir alle“ als dem eigentlichen Schuldigen hat voll eingeschlagen.

So laufen massenhaft Leute mit der Vorstellung durch die Gegend, „der Mensch“ wäre die eigentliche Sau und sollte sich gefälligst *einschränken*, damit es „der Natur“ besser geht. Mancher geht „mit gutem Beispiel voran“ und tut so, als wäre alles in Butter, wenn jeder – so wie er – Jutetaschen statt Plastik trägt, auf Spraydosen und Tabak verzichtet und manchmal mit dem Fahrrad statt mit dem Auto fährt. Das ist natürlich lächerlich; die wirklich interessanten Gifte und Dreckmischungen kriegt der normale Mensch sowieso im Leben nie hin. Leider wird solcher Blödsinn aber gerne sehr ernst genommen; vor allem in der Weise, dass Mitmenschen wegen dem bisschen Dreck angemacht werden, das sie hinter sich lassen. Sehnsucht nach mehr staatlicher Gewalt kommt auf, die ausgerechnet den Rauchern und Plastikflaschenverbrauchern das Leben schwer machen sollte. Genau die Instanz, die die großzügigste Vergiftung von Land und Leuten regelt, wird angerufen, um „die Umwelt“ vor dem Zugriff „des Menschen“ zu bewahren.

So lassen Politiker sich natürlich gerne anrufen. Sie denken sich Steuern gegen „unvernünftige Verbraucher“ aus und lassen sich *dafür* auch noch wählen – alles im Namen der Umwelt. So leisten das zunehmende Gift und der hemmungslos wachsende Dreck des Kapitals auch noch ihren Beitrag zur demokratischen Kultur.